Gewerkschaft der Polizei
Bundespolizei | Zoll

Positionspapier

Einsatzbereitschaft braucht bezahlbare Mobilität

Warum Schichtdienst, weite Dienstwege und bundesweite Einsatzorte eine gezielte Entlastung erfordern.

Die Beschäftigten von Bundespolizei, Zoll und BALM (Bundesamt für Logistik und Mobilität) sichern rund um die Uhr die Grenzen, Flughäfen, Bahnhöfe, Seehäfen, den Warenverkehr sowie die Sicherheit auf unseren Straßen. Ob im Schichtdienst an der Grenze, bei Kontrollen auf den Transitstrecken oder an abgelegenen Standorten im gesamten Bundesgebiet: Unsere Kolleginnen und Kollegen sind dort im Einsatz, wo der Staat sie braucht. Doch der Weg dorthin wird zunehmend zur finanziellen Belastung.

Schichtdienst und Einsatzorte lassen sich nicht mit dem Fahrplan vereinbaren

Die Dienststellen und Einsatzorte von Bundespolizei, Zoll und BALM liegen oft fernab großer Ballungsräume – von der grünen Grenze über Seehäfen bis hin zu Autobahnkontrollstellen. Für viele Kolleginnen und Kollegen sind tägliche Arbeitswege von 50 Kilometern und mehr keine Ausnahme, sondern Realität – oft bedingt durch dienstliche Versetzungen oder die Lage der Dienstorte. Gleichzeitig machen Wechselschicht-, Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oft unmöglich. Hinzu kommt die Unplanbarkeit des Einsatzgeschehens: Ein Polizeieinsatz, eine Zollkontrolle oder eine Schwerlastkontrolle auf der Autobahn endet nicht pünktlich mit dem Dienstplan. Wenn sich der Dienstschluss verschiebt, sind weder Bus und Bahn noch Fahrgemeinschaften verlässlich nutzbar. Das eigene Auto ist für unsere Beschäftigten kein Luxus, sondern zwingende Voraussetzung, um ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Fürsorgepflicht ernst nehmen: Dienstherr muss handeln

Die bisherigen steuerlichen Entlastungen reichen nicht aus und gehen an der Lebensrealität unserer Beschäftigten vorbei. Eine rein steuerliche Entfernungspauschale entlastet zudem vor allem höhere Einkommensgruppen, während Anwärterinnen und Anwärter, Tarifbeschäftigte sowie Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst trotz identischer Spritkosten deutlich weniger zurückerhalten.
Wer von seinen Beschäftigten maximale Flexibilität, Schichtdienst und bundesweite Mobilität verlangt, darf sie mit den Kosten des Arbeitsweges nicht allein lassen. Hier stehen Bundesregierung, Gesetzgeber und Dienstherr gleichermaßen in der Verantwortung.

Unsere Kernforderungen an Politik und Dienstherrn

1. Einen steuerfreien Mobilitätszuschuss für Beschäftigte im Schichtdienst sowie an Dienstorten ohne ausreichende ÖPNV-Anbindung – als echte, sozial gerechte Alternative zu reinen Steuerabschreibungen.
2. Ein flexibles Mobilitätsbudget statt starrer Jobtickets: Wo der Bund Zuschüsse zum Deutschlandticket zahlt, müssen gleichwertige Zuschüsse für diejenigen geschaffen werden, die dienstbedingt auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind.
3. Eine spürbare Anhebung der Wegstreckenentschädigung und des Trennungsgeldes sowie eine realitätsgerechte Anpassung der Entfernungspauschale, um die besonderen Belastungen durch Versetzungen und weite Arbeitswege abzubilden.

Sicherheit, Finanzgerechtigkeit und Verkehrssicherheit funktionieren nicht im Homeoffice.

Wer tagtäglich seinen Dienst für Staat und Gesellschaft leistet,

muss sich den Weg zum Dienst auch leisten können.